

Interpellation der SVP-Fraktion vom 26. September 2001  
(Wortlaut anschliessend)

## **Pfalzgespräche**

Schriftliche Antwort der Regierung vom 11. Dezember 2001

Die SVP-Fraktion wirft in einer Interpellation Fragen zum Einbezug der SVP-Fraktion in die «Pfalzgespräche» auf.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Mit der Einführung der Pfalzgespräche im Jahr 1996 hegte die Regierung, anlehnend an die «von Wattenwyl-Gespräche» auf Bundesebene, die Absicht, regelmässige Aussprachen der in der Regierung vertretenen Parteien zu institutionalisieren. Massgebend für diese Absicht war die Erkenntnis im Vorfeld der Beratung des Massnahmenpakets 1997 zur dauerhaften Entlastung des Staatshaushalts (im Folgenden MP 97), dass mehrheitsfähige Lösungen in wichtigen Sachthemen nur erreichbar sind, wenn wenigstens die an der Regierung beteiligten Parteien in grundsätzlichen Fragen Einigkeit bekunden. Als Forum für solche Kontakte unter den Regierungsparteien wurden die Pfalzgespräche institutionalisiert.

Die Pfalzgespräche finden in der Regel viermal jährlich jeweils vor den Sessionen des Grossen Rates statt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind die Partei- und Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten sowie die Präsidentinnen und Präsidenten der Staatswirtschaftlichen Kommission, der Finanzkommission und der Rechtspflegekommission. Letztere wurden vorab deshalb in die «Pfalzgespräche» miteinbezogen, weil sie den Charakter von Geschäftsprüfungskommissionen haben und überdies einen massgeblichen Einfluss auf die Ausgestaltung des Staatshaushaltes ausüben, was aus der Geschichte der «Pfalzgespräche» erklärbar ist (MP 97).

Die St.Galler Stimmberechtigten hatten sich im Jahr 2000 für die heutige Zusammensetzung der Regierung ausgesprochen. Die Regierung bemüht sich um eine kohärente Regierungspolitik. Deren Umsetzung setzt Einigkeit von Regierung und Regierungsparteien in grundsätzlichen Fragen voraus. Es wäre dieser Zielsetzung abträglich, den Teilnehmerkreis während der Amtsdauer zu ändern bzw. auf Nichtregierungsparteien auszudehnen. Den Kontakt zu den in der Regierung nicht vertretenen Parteien wird die Regierung wie bisher auf anderem Weg sicherstellen.

11. Dezember 2001

Wortlaut der Interpellation 51.01.79

**Interpellation der SVP-Fraktion: «Erweiterung des Teilnehmerkreises der «Pfalzgespräche»**

Während der Septembersession machte Regierungsrat A. Grüniger die Bemerkung, dass der Teilnehmerkreis der «Pfalzgespräche» auch auf die Mitglieder von Nicht-Regierungsparteien ausgedehnt werden könnte. Diese Einstellung von Seiten eines Regierungsmitglieds erfreut insbesondere die Kantonsräte und Kantonsrätinnen, die nicht einer Regierungspartei angehören. Mit der Teilnahme an dieser Gesprächsrunde könnte teilweise ein Informationsdefizit für die Nicht-Regierungsparteien kompensiert werden.

Wir bitten deshalb die Regierung die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Teilt die Regierung die Aussage von Regierungsrat A. Grüniger?
2. Wenn ja, hat die Regierung Vorstellung über den zeitlichen Rahmen einer solchen Umsetzung?»

26. September 2001